

Nachrichten

64-Jähriger wird bei Streit auf Schiff verletzt

Kreis Lindau Nach einer Auseinandersetzung auf einem Fahrgastschiff zwischen Wasserburg und Nonnenhorn am Samstagabend läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Körperverletzung. Wie die Polizei berichtet, machte auf dem Schiff ein Pärchen durch unangenehmes Verhalten auf sich aufmerksam. Als ein 64-jähriger Passagier die beiden, 30 und 32 Jahre alt, ansprach, kam es zum Streit und zu einer körperlichen Auseinandersetzung, bei welcher der 64-Jährige verletzt wurde. Der Kapitän verständigte daraufhin die Polizei und legte am nächsten Hafen an. Als das Pärchen an Land gebracht wurde, stellte die Polizei bei den beiden eine deutliche Alkoholisierung von über 1,5 Promille fest.

Infoabend zu Ausbildung in Hauswirtschaft

Kreis Konstanz Im Oktober beginnt an der Fachschule für Hauswirtschaft Stockach wieder die Qualifizierung zur staatlich geprüften Fachkraft für Hauswirtschaft in Teilzeit. Bei einem digitalen Infoabend erhalten Interessierte am Mittwoch, 28. Mai, ab 19 Uhr alle Eckdaten zur Ausbildung, die bis April 2027 mittwochs stattfindet. Die Qualifizierung richtet sich laut Mitteilung des Landratsamtes an alle, die Interesse an nachhaltiger Haushaltensführung und einem gesundheitsbewussten Lebensstil haben oder ihre Chancen auf dem hauswirtschaftlichen Arbeitsmarkt verbessern möchten. Interessierte erhalten den Zugangslink für den Infoabend nach der Anmeldung. Informationen erteilt Hildegard Schwarz, E-Mail forum.ernaehrung@lrakn.de, Telefon 07531/800-2940.

Seit 25 Jahren Treff für Asthma-Erkrankte

Bodenseekreis Menschen mit Asthma finden seit 25 Jahren Unterstützung in der Asthma-Selbsthilfegruppe Bodenseekreis. Hier fühlen sich die Teilnehmer verstanden und können voneinander lernen, wie es in der Mitteilung heißt. In der kleinen Runde sei immer Platz für neue Gesichter. Die Gruppe trifft sich jeden dritten Montag im Monat von 19 bis 21 Uhr im Mehrgenerationenhaus Markdorf, Spitalstraße 3. Weitere Informationen und die Anmeldung sind bei Gudrun Hübner unter Telefon 07554/1390 möglich.

Handwerker sind gegen Merz-Vorstoß

- Bundeskanzler fordert mehr Arbeitsstunden
- Zimmerer sowie Maler bewerten das kritisch
- Sie wollen bessere Rahmenbedingungen



VON JERONIMO HILLGRUBER

Bodenseekreis Neu-Bundeskanzler Friedrich Merz (CDU) mahnt vor dem Wirtschaftsrat: „Wir müssen in diesem Land wieder mehr und vor allem effizienter arbeiten.“ Zumindest die Zahlen geben ihm recht. Deutsche arbeiten tatsächlich weniger als beispielsweise Tschechen oder Polen, das ergab eine Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft. Sollen die Deutschen nun mehr arbeiten? Oder geht es vor allem um die Effizienz?

Bei Handwerksbetrieben im Landkreis trifft die Aussage des Bundeskanzlers auf Verwunderung. Beispielsweise Timo Mahl, Geschäftsführer von TM Holzbau aus Salem, sagt: „Wir arbeiten genug.“ In acht Sommermonaten sind das 41 Stunden pro Woche, im Winter 38 Stunden. Überstunden kämen immer dazu. „Die 40-Stunden-Woche ist gerecht und auch realistisch“, sagt der Zimmermeister. Länger zu arbeiten, sei deshalb keine Option. „Mehr bedeutet nicht immer gleich besser“, erklärt er. Wobei weniger in seiner Branche auch nicht möglich sei. Er sagt: „Dann bräuchten wir, um die Arbeit im selben Zeitraum zu erledigen, mehr Fachkräfte. Dort haben wir jetzt schon ein Problem.“ Eine Rückkehr zur Arbeitswoche mit mehr als 50 Stunden sei dennoch unrealistisch und nicht zeitgemäß, befindet Mahl.

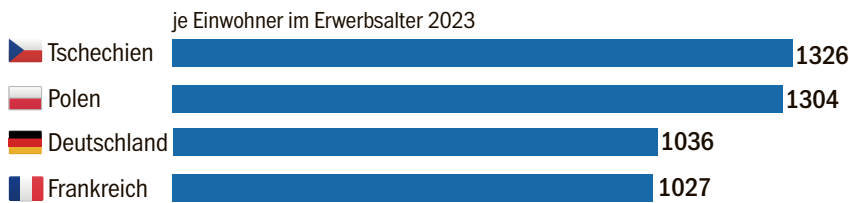
Er merke, so erklärt Mahl, dass die Tendenz zu weniger Arbeit gehe. Er sieht aber andere Branchen wie beispielsweise die Industrie mehr in der Bringschuld. Kai Schille, Zimmermeister im Betrieb, stimmt ihm da zu. Schille glaubt, die Aussage von Bundeskanzler Friedrich Merz richte sich auch an Branchen, in denen die Vier-Tage-Woche vorherrschend ist. „Jeder Betrieb will und muss effizient sein“, sagt Mahl. Und als Unternehmensleitung sehe er das Problem nicht bei den Menschen. Mahl erklärt: „Die Politik ist das größte und komplizierteste Unternehmen, mit sämtlicher Bürokratie wird dort dafür gesorgt, dass die Effizienz in Betrieben leidet.“

An der Arbeitsmoral scheitere es bei ihm im Betrieb nicht. An der Arbeitsmoral scheitert es auch nicht bei der Auszubildenden Julia Benz. Doch sie sagt: „Motivation schafft man dadurch nicht.“ Die Vorstellung, mehr arbeiten zu müssen, sieht sie als nicht realistisch an. Sie wisse gar nicht, wie man noch länger arbeiten soll. Einfach mehr Arbeiten sei auch der falsche Weg, sagt der neue Generalsekretär der SPD, Tim Klüssendorf, im Bericht aus Berlin. Er



Zimmermeister Kai Schille sowie Timo Mahl, Geschäftsführer TM Holzbau, und Julia Benz, Auszubildende Kauffrau Büromanagement (von links), argumentieren gegen täglich längere Arbeitszeiten – es brauche flexible Modelle. FOTOS: JERONIMO HILLGRUBER/IHK

Geleistete Arbeitsstunden



QUELLE: OECD, INSTITUT DER DEUTSCHEN WIRTSCHAFT/SÜDKURIER-GRAFIK: SCHÖNLEIN

Zur Studie

Die Anzahl der geleisteten Arbeitsstunden stagniert in Deutschland, während sie in anderen Ländern stetig wächst. Eine Auswertung von OECD-Daten (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung) durch das Institut der deutschen Wirtschaft hat ergeben, dass Deutsche im Alter von 15 bis 63 Jahren

durchschnittlich im Jahr 1036 Stunden gearbeitet haben, das entspricht fast 26 Wochen zu jeweils 40 Stunden Arbeitszeit. Im Vergleich mit den 38 anderen OECD-Ländern bedeutet das den drittletzten Platz. Tschechen und Polen leisteten im EU-Vergleich 1326 und 1304 Stunden. Seit 2013 bedeutet das für Deutschland ein Anstieg von 2,2 Prozent in geleisteter Arbeitszeit. Polen hatte im selben Raum einen Anstieg von 23 Prozent.

erklärt, dass es dabei nicht darum gehe, für einen Großteil der Beschäftigten mehr als acht Stunden am Tag zu arbeiten, sondern es gehe darum, mehr Flexibilität in Branchen zu schaffen, wo dies vonnöten sei. Konkret will die Koalition eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit. Ein Vorschlag, den Julia Benz begrüßt. Die Auszubildende sagt: „Das Konzept ist zwar schwer umsetzbar in der Baubranche, aber es würde trotzdem eine bessere Arbeitsgestaltung ermöglichen.“

Dass es funktionieren kann, zeigt beispielsweise Peter Buhmann, Geschäfts-

führer des gleichnamigen Friedrichshafener Malerbetriebs. Bei ihm wird montags bis donnerstags jeweils von 7 bis 17 Uhr gearbeitet. Am Freitag ist dann schon früher Schluss. „Für körperliche Arbeit ist die 40-Stunden-Woche richtig“, sagt er. Ähnlich wie Mahl sieht er gar nicht die Möglichkeit, beim Stundenkontingent hoch oder runter zu gehen. Denn der Fachkräftemangel ist auch bei ihm ein Thema.

Sönke Voss, Hauptgeschäftsführer der IHK Bodensee-Oberschwaben: „Der Verzicht auf eine tägliche Höchstarbeitszeit ist überfällig.“ Des Weiteren



„Mit einer reinen Wochenhöchstarbeitszeit können Betriebe die tägliche Arbeitszeit flexibler anpassen, um etwa auf Spitzenzeiten und Nachfrageschwankungen zu reagieren.“

Sönke Voss, Hauptgeschäftsführer IHK Bodensee-Oberschwaben

erklärt er gegenüber dem SÜDKURIER: „Unternehmen müssen oft schnell auf Marktveränderungen, Kundenbedürfnisse und betriebliche Anforderungen reagieren. Mit einer reinen Wochenhöchstarbeitszeit können Betriebe die tägliche Arbeitszeit flexibler anpassen, um etwa auf Spitzenzeiten und Nachfrageschwankungen zu reagieren.“ Er könne sich deshalb auch vorstellen, dass durch diese Flexibilität die Effizienz gesteigert wird.

Sönke Voss mahnt aber auch zur Vorsicht: „Natürlich bringt eine Maßnahme allein Deutschland keinen Aufschwung zurück.“ Das allein würde nicht reichen. Als weitere wichtige Maßnahmen nennt er Bürokratieabbau, schnellere Genehmigungen, niedrigere Energiekosten, Sonderabschreibungen und Investitionen in die Infrastruktur.

Das lesen Sie zusätzlich online: In unserer Serie „Mein Job, mein Bodensee“ stellen wir Berufe vor, die mit dem Bodensee zu tun haben. Alle Folgen im Überblick finden Sie unter: www.sk.de/12239483

Mehr Grenzkontrollen an der Fähreanlegestelle

Friedrichshafen ist per Schiff mit der Schweiz verbunden. Bundespolizei und Zoll überprüfen in Uniform und in Zivilkleidung

VON SIMON CONRADS

Bodensee Es war eine der ersten Amtshandlungen der neuen Regierung: Innenminister Alexander Dobrindt (CSU) verkündete am 7. Mai, dass die deutschen Grenzen künftig stärker kontrolliert werden sollen. Nun kann auch Menschen die Einreise verweigert werden, die ein Asylgesuch stellen – bislang wurden sie an die zuständige Erstaufnahmeeinrichtung weitergeleitet.

Doch nicht nur an den Grenzen zu Lande wird jetzt stärker kontrolliert. „Dies betrifft auch die Fähranlegestel-

le in Friedrichshafen für den Schiffsverkehr aus der Schweiz“, heißt es auf Anfrage bei der Bundespolizeiinspektion Konstanz. Wie genau diese Kontrollen aussehen, teilt die Bundespolizei „aus einsatztaktischen Gründen“ nicht mit. „Die Maßnahmen der Bundespolizei an den deutschen Schengenbinnengrenzen werden lageangepasst, zeitlich und örtlich flexibel, uniformiert und zivil, zu Lande, zu Wasser und in der Luft sowie rund um die Uhr durchgeführt“, heißt es aus der Pressestelle der Bundespolizei. Wenn keine Menschen in Uniform sichtbar seien, heiße das nicht automatisch, dass die Bundespolizei nicht präsent sei.

In Friedrichshafen waren jüngst bei einem Besuch der Fähranlegestelle zwar tatsächlich keine Bundespolizisten zu sehen, dafür aber vier Zollbeam-

te, die sich pünktlich zur Ankunft der Fähre positioniert haben. Auf Anfrage bestätigt das Hauptzollamt Ulm, dass der Zoll hier mit der Bundespolizei zusammenarbeitet und die Kontrollen übernehme. Seit dem 19. Mai besetzt der Zoll demnach die Anlegestelle. Die Schweizerische Bodensee-Schiffahrt (SBS), die die Fährlinie gemeinsam mit den Bodensee-Schiffbetrieben (BSB) betreibt, bestätigt, dass die Kontrollen hier merklich zugenommen haben, alle Fahrgäste werden bei Ankunft kontrolliert. Informationen bezüglich der Maßnahmen bekomme die SBS allerdings nicht.

Von der Bundespolizei heißt es: Wer bei einer Kontrolle die nötigen „Einreisevoraussetzungen“ nicht erfülle, könne bereits an der Grenze zurückgewiesen werden. Die Anrainerstaaten sind

demnach verpflichtet, die Personen zurückzunehmen. Zwar heißt es dazu: „Eine physische Übergabe wird hierbei aufgrund der partnerschaftlichen Zusammenarbeit der Grenzbehörden angestrebt.“ Es genüge aber auch die Ankündigung der Zurückweisung ohne direkte Übergabe. Demnach „ist die Fähre u.a. eine Möglichkeit, eine Person zurückzuweisen“.

Die Bundespolizei trifft derzeit noch keine Aussagen zu den Zahlen, heißt es. Der Schweizerischen Bodensee-Schiffahrt seien allerdings keine Fälle bekannt, in denen Geflüchtete oder Asylsuchende am Fähranleger zurückgewiesen wurden und mit der Fähre nach Romanshorn zurückfahren mussten. Aber: „Es wurde schon beobachtet, dass Reisende ohne Ausweis zurückgeschickt wurden.“



Zollbeamte erwarten die Fähre am Anleger in Friedrichshafen. Alle Fahrgäste werden kontrolliert. FOTO: SIMON CONRADS